

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Jäger	SV: Grosser Rat hat in diesem Juni die Revision des BauG in über 20 Bereichen u.a. betreffend Denkmalschutz beschlossen. Neue Bestimmung ist u.a. dass nicht mehr als 7 % des Gesamtbestands denkmalgeschützt ist. Soweit alles Realität.	Das Gesetzesreferendum ist bereits abgelaufen. Auf rechtlicher Ebene, Themen: Akzessorische Normenkontrolle oder konkrete Normenkontrolle. Für Verein: Man müsste einen konkreten Fall abwarten um Vereinbarkeit mit übergeordneten Recht zu prüfen
		Nun fiktiv: Sie sind Anwalt und haben zwei Klienten. Erster Klient ist ein Verein, der hat keine Freude an der neuen Bestimmung, will das prüfen lassen. Zweiter Klient ist Herr Meier, der hat ein Stöckli, welches unter Denkmalschutz steht und möchte möglichst unkompliziert umbauen.	Für Herrn Meier: Inventare sind behördenverbindlich, jetzt sind seine Chancen noch grösser.
		Kann der Verein wirklich nichts tun mit den neu 7 % an geschätztem Bestand?	Man bräuchte einen Anwendungsfall oder die Möglichkeit der abstrakten Normenkontrolle, aber nicht auf kantonaler Ebene. Abstrakte Prüfung ob das Gesetz mit übergeordneten Recht vereinbar ist. Geht aber direkt vor BGer und geht nur im Bund, es gilt das Prinzip der Normerhaltung.
		Anfechtungsobjekt?	Der Erlass.
		Streitgegenstand?	Die vorliegende Bestimmung.
		Frist?	Nur die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten, BGG 82 Bst. b, somit Frist von 30 Tagen. BGG 101: Berechnung ist nach Veröffentlichung des Erlasses.
		Beschwerdelegitimation des Vereins?	Möglichkeit 1: Für Verein nicht möglich, da nicht Grundeigentümer. Möglichkeit 2: Ideell, müsste aber gesetzlich vorliegen, der Verein müsste im Bundesrecht genannt werden. Möglichkeit 3: Egoistische Verbandbeschwerde, wenn juristische Person und Interessen betroffen sowie entsprechende Mitglieder betroffen und selbst auch zur Beschwerde legitimiert.
		Wenden sie das nun an.	Verein ist juristische Person, dies ist gegeben. Mitglieder hätten wohl auch ein schutzwürdiges Interesse. Die virtuelle Betroffenheit reicht aus, es müssten nicht selber Grundeigentümer sein.
		Würde Stimmberechtigung ausreichen, der Erlass betrifft ja jedermann?	Nein es ist keine Popularbeschwerde, das würde nicht reichen.
		Frist?	Die Frist beträgt 30 Tage nach Veröffentlichung in der BAG, man müsste darauf schauen.

		<p>Annahme es würde das Referendum ergriffen.</p> <p>Das stimmt, das BGer nimmt aber trotzdem die Beschwerde entgegen und sistiert einfach das Verfahren.</p> <p>Zurück zu Herrn Meier, er möchte möglichst schnell das Baugesuch einreichen, kann er das?</p> <p>Kann man als Anwalt beide Mandate machen, sowohl Verein als auch Herrn Meier?</p>	<p>Wenn Referendum läuft gibt es noch keine Publikation, erst mit Publikation existiert das Anfechtungsobjekt.</p> <p>Im Baurecht gilt das Recht das bei Einreichen des Gesuchs gilt. Wenn das jüngere Recht günstiger ist, kann es bei der Bewilligung berücksichtigt werden. Aber momentan würde es eventuell berücksichtigt werden. Ich würde das Baugesuch einreichen und sagen, dass es ohnehin nicht erhaltenswert sei und nach neuem BauG sowieso nicht mehr geschützt.</p> <p>Baubewilligung ist grundsätzlich eine Anspruchsbewilligung. Frage ob in Inventar ist nicht direkt relevant. Behörde muss einfach darüber entscheiden.</p> <p>Dies ist eine standesrechtliche Frage. Es entsteht eventuell Interessenkonflikt. Anschein, dass noch Interessen vertreten werden, ist getrübt, wenn man für den Verein vor BGer zieht. Also müsste er sich auf ein Mandat beschränken.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Zuberbühler	Kurzer SV: Klient wurde wegen sexueller Nötigung schuldig erklärt. Es steht Aussage gegen Aussage. Es stellt sich die Frage nach einer Berufung.	
		Gibt es vor oberer Instanz ein Beweisverfahren?	Ja, grundsätzlich gibt es auch vor der oberen Instanz ein Beweisverfahren, wenn vor unterer Instanz nicht vollständig oder unrichtig. Einschlägig ist StPO 389. Beweise im Hauptverfahren sind Gegenstand vor Berufungsgericht. Anders ist es aber, wenn Beweise unvollständig erhoben vor erster Instanz.
		Aber möglicherweise werden Beweise erstmalig vor oberer Instanz erhoben. Zulässig?	Ja, nach Treu und Glauben, aber nicht bei Beweisen, die nicht offensichtlich schon vorher möglich.
		Zeitpunkt wann?	In der Berufungserklärung. Dort sind die Beweismittel zu bezeichnen gemäss StPO 399 Bst. c.
		Diese Beweisangebote sind auch zu begründen?	Grds. ja.
		Die Begründung selbst?	Die müsste begründet werden gemäss StPO 399 II Bst. d und III.
		Woher sehen sie das?	StPO 399 III.
		Dort steht nichts über die Begründungspflicht. Müssen sie alles vor Gericht begründen?	StPO 385 gibt die Antwort für die Berufung steht es nirgends ausdrücklich, aber in StPO 406 III ein Verweis.
		Wie ist der Grundsatz vor oberer Instanz, mündlich oder schriftlich?	Gemischt, mündliche Verhandlung ist Grundsatz wenn nur noch Rechtsfragen, dann schriftlich. StPO 406 III: Dort steht es ausdrücklich, dort steht die Begründung.
		Vorliegend Vorwurf sexuelle Nötigung, man möchte die PK erneut vor obere Instanz ziehen.	Glaubwürdigkeit der Person zentral, Berufungsgericht soll sich eigenes Bild machen können über die Glaubwürdigkeit der Person und Glaubhaftigkeit der Aussagen.
		Grundsätze der Beweiswürdigung?	Grundsatz der freien Beweiswürdigung. Aber Unschuldsvermutung in StPO 10 III ist zu beachten, wenn erhebliche Zweifel bestehen.
		Wenn Beweisangebot abgelehnt wurde, dass nochmals befragt?	Nächste Instanz wäre BGer, hier aber Zwischenentscheid, ist nur ausnahmsweise selbständig anfechtbar. Man müsste daher grds. den Endentscheid abwarten.
		Zurück in Voruntersuchung. StAw möchte Begutachtung, Klient ist dagegen. Möglichkeiten bei Begutachtung?	Rechtsmittel dagegen einlegen. Anordnung ist Verfügung der StAw: StPO 393 Bst. a unterliegt der Beschwerde, wenn man sagt, dass dies nicht notwendig sei.

		<p>Andere Möglichkeiten für Klient, was hat er für Pflichten?</p> <p>Gilt die Begutachtung als Zwangsmassnahme i.S.v. der StPO?</p> <p>Aber Situation bei der Begutachtung wie?</p> <p>Mitwirkung bei der Einsetzung und Auswahl des Sachverständigen?</p> <p>Aber wenn man sagt Doktor X habe ich schlechte Erfahrungen gemacht?</p> <p>Kann PK hinwirken, dass Klient stationäre Massnahme erhält?</p> <p>Zulässig, dass PK Antrag stellt, dass Beschuldigter forensisch zu begutachten sei?</p> <p>Kann sich PK zur Frage der Schuldfähigkeit äussern?.</p> <p>StAw ist offen für Begutachtung, verbindet die Guttheissung des Gutachtens mit Kostenvorschuss von CHF 100'000 geht das?</p> <p>Wie verstehen Sie StPO 184 VII?</p>	<p>Muss sich Zwangsmassnahmen unterziehen. Aber auch hier ist der Grundsatz nemo tenetur.</p> <p>Er muss sich selbst nicht belasten und an seiner Verurteilung nicht mitwirken. Vorladung zu Begutachtung. Vorladung ist Zwangsmassnahme. StPO 113 I: Er muss Folge leisten.</p> <p>Dort muss ihn die sachverständige Person auf Rechte und Pflichten aufmerksam gemacht werden, kann dort Aussage und Mitwirkung verweigern gemäss StPO 185 V.</p> <p>Im Rahmen des rechtlichen Gehörs, StAw müsste Vorschlag berücksichtigen und vorgeschlagene Person müsste den Parteien die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden, aber grds. ist es Sache der Verfahrensleitung.</p> <p>Ausstandsgründe nach StPO 185 III gelten, es müsste aber diese hohe Schwelle für Ausstand erfüllt sein um Misstrauen zu erwecken. Fraglich ob PK überhaupt ein Interesse hat und fraglich ob PK überhaupt darauf hinwirken darf, dass sie stationäre Massnahmen erhält.</p> <p>Nein grds. nicht, nicht wenn es um Element der Strafzumessung geht, geht nicht.</p> <p>Dort schon, da es um den Strafpunkt geht, nicht aber Strafmass</p> <p>Nein, keine Beweismassnahme im Zivilpunkt.</p> <p>Darf nicht soweit führen, dass Opferrechte zu stark eingeschränkt werden.</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Rüetschi	Gibt SV ab: Chantal Bommeli (B) betreibt zusammen mit ihrem Lebenspartner Holger Spiess (S) das Fitnessstudio Topfit. Mietvertrag mit Liegenschaftsunternehmerin Immo AG lautet allein auf S. Die Fitnessgeräte stehen jedoch im Eigentum von B. Die Immo AG leitet gegen den Schuldner S ein Inkassoverfahren für ausstehende Mietzinsforderungen im Betrag von CHF 100'000 ein.	
		Welche Möglichkeiten hat die Vermieterin?	Betreibung gegen S oder Forderungsklage.
		Wenn Klientin ihre Vermieterin ist?	Möglichkeit einer Zahlungsverzugskündigung oder Retentionsrecht.
		Gut, prüfen sie das Retentionsrecht	Es muss Geschäftsliegenschaft vorliegen.
		Wo schauen wir im OR?	OR 268.
		Steht Retentionsrecht jedem Vermieter zu?	Nein nur Vermieter von Geschäftsräumen.
		Jetzt nach SchKG um die Forderung der Vermieterin durchzusetzen?	Betreibungsbegehren stellen.
		Jetzt aber auf Retention gerichtet, wo ist diese im SchKG geregelt?	SchKG 283 Bst. f. Retentionsbegehren beim BA stellen, dieses nimmt die Gegenstände ins Retentionsverzeichnis auf. Dann Frist für Verwertung innert dieser Frist Betreibung. Dann Betreibung nach Pfandverwertung in SchKG 153 geregelt. Pfandgegenstand muss bezeichnet werden. Das wären die Gegenstände.
		Schuldner erhebt Rechtsvorschlag. Auf was bezieht sich Rechtsvorschlag?	Nicht nur Forderung, sondern auf Retentionsgegenstände.
		Rechtsvorschlag beseitigen wie? SchKG 153 Bst. a mit Rechtsöffnung oder Anerkennungsklage,	Hier könnte provisorische Rechtsöffnung verlangt werden, da mit Unterschrift bestätigte Schuldanerkennung.
		Kann Rechtsvorschlag beseitigt werden aber nur für Retentionsgegenstände?	Nein müsste beides beseitigt werden, Forderung und Retentionsgegenstände.
		Danach?	Fortsetzungsbegehren, nein. Aber Verwertungsbegehren. Hier Faustpfand, frühestens 1 Monat spätestens 1 Jahr.
		Bei Aufnahme des Retentionsverzeichnisses wurden alle Fitnessgeräte von B aufgenommen, sie ist nicht damit einverstanden, was kann sie tun?	Sie kann Drittansprüche geltend machen. SchKG 155 sowie 106 ff. mit Widerspruchsverfahren, dort kann Drittanspruch angemeldet werden.

		<p>Wann wird Widerspruchsverfahren durchgesetzt?</p> <p>B hat Drittspruch angemeldet, aber Gläubigerin bestreitet nun.</p> <p>Hat auch Vermieterin selbst Mitgewahrsam?</p> <p>B ist nicht einverstanden, und sagt es sollte nach SchKG 108 vorgegangen werden. Aber BA setzt Frist 20 Tage, wie wehren?</p> <p>Wo ist diese angegliedert?</p> <p>Frist des BA von 20 Tagen läuft weiter?</p> <p>SchKG-Aufsichtsbehörde weist ab, was tun?</p> <p>Tun sie dies bitte.</p> <p>Fitnessgeräte werden verwertet die Geräte und Händler verkauft diese weiter. B sagt, dass Geräte aber Wert von CHF 100'000 hätten, aber Freihandverkauf war für CHF 15'000.</p> <p>Wie einleiten?</p> <p>Wie ist es mit der Widerspruchsklage, wie diese eingeleitet?</p> <p>Örtliche Zuständigkeit?</p> <p>Warum schauen sie nicht in ZPO?</p> <p>Streitwert von CHF 100'000, evtl. auch vor HGer?</p>	<p>Erst nach dem Verwertungsbegehren.</p> <p>SchKG 107 f. kommt auf den Gewahrsam an. Wenn Schuldner ausschliesslichen Gewahrsam hat, hat S ausschliesslichen Gewahrsam.</p> <p>Eher nicht, zumindest nicht unmittelbar. Nein, Gewahrsam bei Lebenspartner B und S., wahrscheinlich zu gesamter Hand.</p> <p>SchKG 17 mit Beschwerde an SchKG-Aufsichtsbehörde.</p> <p>Diese ist dem OGer angegliedert. Das steht in EG SchKG 10.</p> <p>Ja, Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Würde wohl gewährt werden, wenn beantragt. Müsste aber beantragt werden.</p> <p>Es könnte Rechtsmittel erhoben werden.</p> <p>Streitwert ist CHF 5'000. SchKG 74 II Bst. d ist zulässig. Frist beträgt grds. 30 Tage, aber hier 10 Tage gemäss SchKG 100 III.</p> <p>Freihandverkauf ist zwar häufig, aber Grundsatz ist die öffentliche Versteigerung. Ist dann Frage der Staatshaftung.</p> <p>Das wäre auf dem öffentlich-rechtlichen Weg.</p> <p>ZPO 198 Bst. e Ziff. 3, gibt keine Schlichtung.</p> <p>Örtliche Zuständigkeit aus ZPO 109, am Gericht des Betreibungsortes.</p> <p>ZPO behält die besonderen Gerichtsstände des SchKG vor.</p> <p>HGer nein, weil eine vollstreckungsrechtliche Sache, dies beurteilt das HGer nicht.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Giger	Gibt SV ab: T ist Alleinaktionär der A AG und der S AG. A AG ist aktives Handelsunternehmen, das war S AG auch, hat jetzt aber Tätigkeit eingestellt und alle aktiven veräussert, Ausnahme Betriebsliegenschaft, sie haben flüssige Mittel, Reserven und Liegenschaft auf Aktivseite. T will Aktien der S. AG auf A AG übertragen?	
		Was fällt auf bei Bilanz?	Aktiv gibt es keine betrieblichen Mittel, passiv sind hohe Reserven und hoher Gewinn im Verhältnis zum AK.
		Wie könnten die Reserven entstanden sein?	Gesetzliche Reserven aus dem Jahresgewinn, dann Zwangsreserven und Möglichkeit von KER aus Agio.
		Jahresgewinn ist hoch mit CHF 7 Mio., wie entstanden?	Wenn betrieblichen Aktiven verwertet aus Einstellung des Geschäftsbetriebs, stille Reserven realisiert, indem Aktiven veräussert.
		Sie sagen echt realisiert, was heisst das?	Das heisst, dass das Vermögen eine juristische Person gegen eine Gegenleistung verlässt. Daneben gibt es die steuersystematische Realisation.
		Gut, sie sagen stille Reserven sind realisiert, wie sind diese entstanden?	Stille Reserven sind nicht offen in Bilanz ausgewiesen. Dies kann geschehen indem Buchwert und Verkehrswert abweichen.
		Wie nennt man dies?	Zwangsreserven.
		Weitere Reserven?	Daneben gibt es solche Reserven durch tiefstapeln, d.h. Reserven durch Unterbewerten, daneben Willkürreserven.
		Nehmen wir eine Unternehmung, die landwirtschaftliche Maschinen produziert. Wie sind hier wohl die stillen Reserven entstanden?	Wohl Warenwert, indem Warenlager oder vielleicht indem betrieb verkauft wurde.
		Was kann auch zu Gewinn führen bei Verkauf was nicht bilanziert wird?	Der Goodwill, d.h. immaterielle Werte.
		Wenn sie diesen Jahresgewinn anschauen, was hat Gesellschaft für Möglichkeit mit dem Jahresgewinn zu tun?	Sie kann Gewinn versteuern, danach Möglichkeit an Aktionäre auszuschütten oder zu tesaurieren, d.h. Gewinn bleibt in der Gesellschaft, bleibt mit Zuweisung an die Reserven.
		Passiert da etwas bei Zuweisung in die Reserven?	Nein.
		Was passiert bei der Ausschüttung der	Keine Gewinnsteuer, aber zu berücksichtigen ist die Verrechnungssteuer.

		<p>Dividenden?</p> <p>Können sie die Verrechnungssteuer verdeutlichen, bei der Annahme man hätte CHF 1 Mio. ausgeschüttet.</p> <p>Wie weiter? Zweck der Verrechnungssteuer?</p> <p>Was muss ordnungsgemäss deklariert werden?</p> <p>Die CHF 1 Mio. als Dividende wie einkommensteuerrechtlich zu qualifizieren?</p> <p>Wenn es bernische Unternehmung ist, wie hoch ist etwa Steuerbelastung?</p> <p>Zurück zum Fall: T sagt, aber immer noch zuviel, trotz Teilbesteuerung, will Aktien der A AG an S AG verkaufen. A AG hat Verkehrswert von CHF 17 Mio., steuerfreier Kapitalgewinn?</p> <p>Was würde besteuert?</p> <p>Dies passt T auch nicht, kann man auf Transponierungsgewinn auch Teileinkünfteverfahren durchführen?</p> <p>Das will er auch nicht, geht Transponierung auch bei Verrechnungssteuer?</p> <p>T sagt sich, dann veräussere ich die Aktien an befreundeten Dritten C, C hat C AG, C AG kauft S. AG ab, so dass steuerfreier Kapitalgewinn?</p> <p>Abschliessend noch was wäre aus bernischer Sicht zu beachten?</p>	<p>Verrechnungssteuer ist eine Quellensteuer zu 35 % geht an ESTV und wird dem Gewinn belastet und wird dem Aktionär übertragen, ihm wird bei CHF 1 Mio. nur CHF 650'000 ausgeschüttet.</p> <p>Anspruch auf Zurückleistung, wenn Wohnsitz in der Schweiz und wenn entsprechend deklariert.</p> <p>Er müsste die CHF 1 Mio. deklarieren und die entsprechenden Aktien. Nur die Aktien angeben genügt nicht, er muss auch die CHF 1 Mio. angeben.</p> <p>Wenn er qualifiziert beteiligt ist, gilt StG 20 Ibis mit der Teilbesteuerung. Bei Einkommen aus unbeweglichen Vermögen gilt Beteiligung gemäss StG 20 I Bst. c.</p> <p>Es ist Grenzsteuerbelastung, etwa 40-45 %, es gibt aber die Teilbesteuerung deshalb fällt etwa nur noch die Hälfte an.</p> <p>Theoretisch ja, StG 16 III, aber vorliegend Transponierung gemäss StG 20a Bst. b, wirtschaftlich betrachtet verkauft er an sich selbst. Wechsel von KEP an Buchwertprinzip, so dass gleichwohl Besteuerung an Aktionär.</p> <p>Wenn sämtliche Aktiven ausbezahlt, müsste er CHF 17 Mio. versteuern, Wechsel zum Buchwertprinzip, die Differenz zu Verkehrswert müsste versteuert werden.</p> <p>Ja, wird nicht unterschieden aber hier auch Problem der Doppelbelastung. Gesetz spricht auch von geldwerten Vorteilen und Aktien.</p> <p>Nein, kein Fall der Verrechnungssteuer, dort gibt es das nicht.</p> <p>Nicht Verkauf an sich selbst, sondern Dritten. Sieht auch hier nach steuerfreier Kapitalgewinn aus. Aber nach indirekter Teilliquidation, darf fünf Jahre nicht betriebsnotwendige Vermögen nicht veräussern.</p> <p>Hier besteht Liegenschaftsgesellschaft, somit kann wirtschaftliche Handänderung eine Rolle spielen, so dass die Grundstückgewinnsteuer anfällt, daran müsste man denken.</p>
--	--	--	---